

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/ALX/57

Bonn, den 23. März 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Die magische Grenze</u>	96
	Von Heinrich G. Ritzel, MdB Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages	
3 - 4	<u>Belohntes Vertrauen</u>	54
	Käte Strobel - Vorsitzende der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments	
4	<u>Ein Baustein für Europa</u>	33
	Belgisch-deutsche Jugendbegegnung	
5	<u>Also sprach de Gaulle ...</u>	44
	... und wir sollen uns daran gewöhnen	
6	<u>Wasser, das tötet</u>	48
	Jährlich sterben 5 Millionen Säuglinge, weil kein sauberes Wasser da ist Eine Untersuchung der Weltgesundheitskonferenz Von Bruno Kuster, Genf	

Chefredakteur Günter Markscheffel

Die magische Grenze

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat in 19 ganztägigen Sitzungen und in nervenverzehrender Arbeit bei ständiger Beurlaubung vor den Sitzungen des Plenums des Bundestages die Beratung des Bundeshaushalts für 1964 soweit beendet, daß die sachlichen Titel des Regierungsentwurfs in der vom Haushaltsausschuß gegebener Fassung nach der erneuten Drucklegung und Ausarbeitung der Berichte der parlamentarischen Berichterstatter am 15. und 16. April verabschiedet werden können.

Diese par-force-Arbeit des Haushaltsausschusses geschah zum Teil auf Kosten der notwendigen Gründlichkeit. Sie war nur möglich durch die Ausklammerung aller Personaltitel, die auf Grund einer Vollmacht, die dem Haushaltsausschuß im Haushaltsgesetz gegeben werden soll, ab Ende April im Haushaltsausschuß beraten werden sollen. Dieses Verfahren wurde von den Sozialdemokraten im Haushaltsausschuß beanstandet. Es überträgt Rechte des Plenums des Bundestages auf einen hinter verschlossenen Türen tagenden Ausschuß und bedeutet als Vollmachtswirtschaft praktisch eine Beeinträchtigung der Rechte des Parlaments.

Von Anfang an war es das unverkennbare Bestreben der Regierungsparteien, an der Begrenzung des Haushalts auf 60,3 Milliarden DM, die in der ersten Beratung des Etats im Bundestag als "magische Grenze" bezeichnet wurde, festzuhalten - koste es, was es wolle.

Hartes Urteil

Die Erreichung dieses Zieles hat denn auch in der Tat etwas gekostet: So, wie der Entwurf nunmehr dem Bundestag zur Verabschiedung in der zweiten und dritten Beratung zugehen wird, ist es kein Entwurf, der den strengen Anforderungen der Reichshaushaltsordnung und des Grundgesetzes gerecht wird. Dieses harte Urteil bedeutet keine Minderung der Würdigung der Arbeit des Haushaltsausschusses, der sich Vertreter aller im Bundestag vertretenen Parteien pflichtbewußt und bis zur letzten Kraft hingegeben haben. Aber die Vermeidung einer Überschreitung der von der Regierung aus psychologischen, nicht aber aus tatsächlichen Gründen propagierten Endsumme von 60,3 Milliarden DM wurde nur erreicht durch die Ignorierung von Ausgabeansätzen, die geleistet werden müssen, deren Auswirkung aber erst auf die Jahresrechnung 1964 zukommt. So wird - bei Licht besehen - dem deutschen Steuerzahler Sand in die Augen gestreut.

Dabei besteht kein Zweifel darüber, daß die Plenarberatungen über den Haushalt auch im Bundestag selbst kein anderes Ergebnis erzielen werden.

In einer nicht selten völlig unverständlichen und unbegründeten Weise hat die Mehrheit des Haushaltsausschusses notwendige Ansätze kuppert oder ausser Acht gelassen; nur um dem Wunsch des Bundeskanzlers zu entsprechen; die Grenze von 60,3 Milliarden DM unter keinen Umständen zu überschreiten.

Die SPD hat von Anfang an behauptet, daß in dem Haushalt, so wie ihn die Regierung als Entwurf vorgelegt hat, noch reichlich Luft vorhanden sei. Sie hat ihre Auffassung schon frühzeitig während der Erörterungen über die Deckung der Mehraufwendungen zugunsten der Kriegsopferversorgung begründet. Ihre Meinung wich nicht unerheblich von der Auffassung der Regierungsparteien ab. Nach ihrer Auffassung sollten andere Quellen zur Deckung dieser Mehraufwendungen angeschlagen werden. Der von der Bundesregierung aufgestellte und in der ersten Beratung des Bundestages begründete Etatentwurf litt jedoch nicht nur unter dem Mangel eines Ausgleichs zugunsten der Kriegsopferversorgung, sondern auch unter der weiteren Tatsache, daß trotz aller Bemühungen der Regierung nochmals nahezu 800 Millionen DM Fehlbetrag zu decken blieben.

Ausnahmen

Dem Haushaltsausschuß ist das Kunststück gelungen, die Deckung für 1 140,7 Millionen DM herauszuwirtschaften. Die Einnahmeansätze konnten um 123,6 Millionen erhöht werden, die Ausgaben im ordentlichen Haushalt wurden um 424,1 Millionen DM gekürzt und die Ausgaben im ausserordentlichen Haushalt um 35 Millionen verringert. Ingesamt wurde auf diese Weise der Betrag von 582,7 Millionen DM erreicht und der Etat entsprechend verbessert. Der verbleibende Bedarf von 558 Millionen DM wird nach dem Entwurf des Haushaltsausschusses durch eine Bausperrre von 10 Prozent und eine Kürzung der Ausgabenansätze für Baumaßnahmen von 10 Prozent sowie durch eine generelle Kürzung aller Sachausgaben, allgemeinen Ausgaben und einmaligen Ausgaben des ordentlichen Haushalts erzielt. Dabei werden von Kürzungen und Sperre ausgenommen: die Mittel für die landwirtschaftliche Siedlung und Strukturverbesserung, für Wohnungsbaumaßnahmen der Bundeswehr und zugunsten der Facharbeiter und Schlüsselkräfte im Zonenrandgebiet, für gewisse Baumaßnahmen in Berlin, für Tiefbaumaßnahmen des Strassen- und Wasserbaues und des Küstenschutzes sowie auf sozialdemokratischen Antrag für Baumaßnahmen auf dem Gebiet der Wissenschaftsförderung und der Sportförderung.

Von der generellen Kürzung von fünf Prozent werden die rechtlichen oder internationalen Verpflichtungen nicht betroffen.

Ausweg - ausserplanmässige Ausgaben

Die magische Grenze von 60,3 Milliarden DM wird sich aus politisch-psychologischen Gründen auch auf die bevorstehende Beratung des Haushalts 1964 im Bundestag selbst auswirken. Hier droht wie im Haushaltsausschuß, die sich mit Gründen schon garnicht mehr auseinandersetzen Methode des Fallbeils gegenüber jedem noch so berechtigten Antrag auf Verbesserung der Etatansätze. Man wird den Ausweg im Laufe dieses Jahres in der Überschreitung der Haushaltsansätze erleben, in der Bewilligung von über- und ausserplanmässigen Ausgaben durch den Bundesfinanzminister und in einer Entwicklung der Jahresrechnung 1964, die sich nicht unerheblich von dem unterscheiden dürfte, was jetzt im Voranschlag des Bundes vorausgesehen werden sollte, aber um einer beinahe fixen Idee willen nicht vorausgesehen wird. Darüber wird noch manches Wort zu sprechen sein.

Belohntes Vertrauen

Käte Strobel - Vorsitzende der sozialistischen Fraktion
des Europäischen Parlaments

E. H. - Wer im offiziellen Handbuch des Deutschen Bundestages die kurze Biographie von Käte S t r o b e l nachliest, findet als Berufsschlicht und einfach "Hausfrau" angegeben. Mit dieser Bezeichnung ist aber nur eine, wenn auch nicht unwichtige Seite von Interessensbereich der im Wahlkreis Nürnberg 1961 direkt in den Deutschen Bundestag gewählten Abgeordneten umrissen. Inzwischen hat Käte Strobel nämlich zwei Dinge bewiesen: einmal, daß eine Hausfrau auch in der Politik erfolgreich sein kann, und zum zweiten, daß in der SPD besondere günstige Voraussetzungen für die politische Aktivität der deutschen Frauen gegeben sind.

Die sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments hat jetzt Käte Strobel zur Nachfolgerin des SPD-Abgeordneten Willi B i r k e l b a c h und damit zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Erstmals in der Geschichte des Europäischen Parlaments übernimmt eine Frau die Fraktionsführung.

In der Wahl Kätes Strobels dokumentiert sich nicht nur das Vertrauen der eigenen Fraktion, sondern auch das große Ansehen, das sie bei den anderen Fraktionen des Europäischen Parlaments, der christlich-demokratischen und der liberalen genießt. Die sozialistische Fraktion ist nach der christlich-demokratischen die zweitstärkste im Europäischen Parlament; von ihren 35 Mitgliedern kommen 14 aus der SPD. Die sozialistische Fraktion kann demnächst jedoch mit einer zahlenmäßigen Verstärkung durch die italienischen Sozialisten rechnen, die seither dem Strassburger Parlament noch nicht angehörten.

Käte Strobel ist bereits seit 1958, also von Anfang an, Mitglied des Europaparlaments. Sie hat sich während dieser sechs Jahre vor allem als Expertin für Agrar- und Verbraucherfragen in der EWG einen Namen gemacht. Sie setzte sich aber stets ebenso leidenschaftlich für eine Ausweitung der EWG ein. Ende Februar hielt sie auf dem Europakongress der SPD-Bundestagsfraktion ein Referat über "Die Ausserbeziehungen der Europäischen Gemeinschaften". Innerhalb und ausserhalb des Europäischen Parlaments hat sich Käte Strobel immer wieder für die Demokratisierung der europäischen Organe und vor allem für die Ausweitung der Befugnisse und die Direktwahl zum Europäischen Parlament eingesetzt. Sie gehört sowohl dem Parteivorstand als auch dem Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion an. Sie stand 1961 in der Regierungsmannschaft Willy Brandts.

Willi Birkelbach hinterläßt Käte Strobel ein gutes Erbe. Wenn der prominente Europapolitiker der SPD jetzt nicht mehr für den Vorsitz der sozialistischen Fraktion des Europaparlaments kandidiert hat, so darf daraus keinesfalls auf einen Pessimismus in der Europapolitik geschlossen werden. Vielmehr beabsichtigt Willi Birkelbach, sich in absehbarer Zeit aus dem Europäischen Parlament zurückzuziehen, um sich anderen Aufgaben zu widmen. Dazu zählen unter anderem die bisher zum Teil vernachlässigten Fragen der Regional- und Strukturpolitik innerhalb der EWG.

Willi Birkelbach war schon dabei, als der europäische Parlamentarismus noch in den Kinderschuhen steckte. Er gehörte bereits von 1952 bis 1958 der Vorgängerin des Europäischen Parlaments, der Gemein-

samen Versammlung der Montanunion an. Im Dezember 1958 wurde er dann zum Vorsitzenden der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments gewählt und seither jedes Jahr einstimmig in seinem Amt bestätigt. Man kann daher ohne Übertreibung sagen, daß Willi Birkelbach den europäischen Parlamentarismus maßgeblich mitgestaltet und aufgebaut hat. Ihm ist es vor allem zu danken, daß die sozialistische Fraktion als die einzige geschlossene, zum politischen Engagement fähige Kraft im Strassburger Parlament angesehen wird. Es gelang ihm immer wieder, widerstrebbende Interessen innerhalb seiner Fraktion zu synchronisieren. Sein weiteres Bestreben war die Beteiligung der Arbeitnehmer- und Verbraucherorganisationen in den europäischen Gemeinschaften. Das Europaparlament verliert in Willi Birkelbach einen scharfsinnigen Redner und eine große Persönlichkeit.

+ + +
Ein Baustein für Europa

A.M. - Belgische Soldaten mit deutschen Soldaten Hand in Hand, belgische und deutsche Musikkapellen, belgische und deutsche Mädel und Jungen in den Trachten ihrer Heimat, mit Freude bei Tanz und Lied, dazu ein Staatsminister, der Vertreter des belgischen Gesandten, Parlamentarier, hohe Staats- und Kommunalbeamte und - es war sicherlich kein "revanchistischer Geheimbund" - rund 2 000 zustimmende, ja begeisterte Zuhörer im Beethovenseal in Bonn. Es war das erste belgisch-deutsche Jugendfest auf deutschem Boden.

Jugend baut die Brücke

Flemer und Heimatvertriebene - besonders aus Ostpreussen und Schlesien - haben in Volkstum und Kultur viel Gemeinsames. Sondern die Flemer doch einmal als Vertriebene Aufnahme in den alten Heimatorten. Beiden ist der erschütternde Vers geschichtliche Erinnerung und Mahnung für die Zukunft: "Wir haben kein Zuhause mehr". Beide haben unter Überwindung der Vergangenheit des Hitlerkrieges Kontakte aufgenommen, die zu wirklicher Freundschaft geführt haben. Die Jugend war der Wegbereiter in Spiel und Tanz, in Lied und anderer Volkstumsarbeit sprang sie über den Schatten der Feindschaft.

Europa bedeutet nicht Aufgabe des Volkstums

Sicher werden manche Beiträge, die die Völker bis zur Einheit Europas für dieses nicht nur wünschenswerte, sondern lebenswichtige Ziel zu bringen haben, Opfer verlangen, z.B. die Beiträge auf wirtschaftlichem Gebiet. Das Volkstum, die Pflege nationaler Kultur und die typischen Eigenschaften einer nationalen Gemeinschaft bleiben davon unberührt. Sie werden sogar die Grundlage einer Völkergemeinschaft bilden und Neues wird aus gegenseitigem Verstehen und gemeinsamer Kulturpflege entstehen. Auch die Völker des Ostblocks werden sich auf die Dauer dieser Entwicklung nicht entziehen können.

Die Freundschaft zwischen den belgischen und deutschen Jugendlichen, die von den Vereinigten Landsmannschaften, die als Veranstalter der Begegnung zeichneten, angebahnt und gepflegt wurde, leistet der europäischen Sache einen guten Dienst. Sie beweist eindeutig die Tatsache, daß auch die Menschen, die in zwei Kriegen Gegner waren, bei gutem Willen zur Verständigung die Wege zu gemeinsamem Handeln im Interesse des Friedens und der Freiheit beschreiten können.

23. März 1964

Also sprach de Gaulle ...

... und wir sollen uns daran gewöhnen

* Frankreichs Freunde und Alliierte "sollten sich an diese neue
* und für uns sehr befriedigende Situation, die französische Un-
* abhängigigkeit, gewöhnen". Dies erklärte der französische Staats-
* präsident de Gaulle am Freitagabend in einer Rede in Basse-
* Terre auf der französischen Antilleninsel Guadeloupe. Er fügte
* hinzu: "Wenn sie sich daran gewöhnt haben und wenn auch Frank-
* reich Initiativen ergreifen, selbst handeln und seine eigene
* Politik haben kann, wird es keinen Schatten einer Wolke mehr
* zwischen ihnen und uns geben. Es liegt an ihnen, wir hoffen,
* daß sie dies möglichst bald einsehen werden."

* * *

*

sp - Also sprach Frankreichs General-Präsident de Gaulle. Neu
ist das nicht, was Frankreichs großer alter Mann da wieder einmal ge-
sagt hat; nur die offizielle Bonner Politik will es nicht zur Kennt-
nis nehmen.

De Gaulles Ankündigungen haben etwas für sich. Sie sind offen
und unmißverständlich. Genauso offen und unmißverständlich, wie sein
Bestreben, eine "eigene Atombombe" zu haben, eine Beteiligung an Dis-
kussionen über eine effektivere NATO-Strategie und NATO-Organisation
rundweg abzulehnen, sowie die sehr deutliche Absage an ein tatsäch-
lich integriertes und den skandinavischen Staaten sowie Großbritannien
offenstehendes Europa.

In der Bundesrepublik hat de Gaulle inzwischen Freunde für "sei-
ne" Politik gefunden. CSU-Baron von Guttenberg stellt sich auf de
Gaulle-Europa ein und empfiehlt seinen politischen Freunden das Gle-
iche zu tun. Diese wiederum - oder ein nicht unerheblicher Teil von
ihnen - brauchen hierzu garnicht gedrängt zu werden, denn mindestens
Adenauer, Krone, Barzel, Strauss und Höcherl meinen schon seit ge-
raumer Zeit, daß so ein richtiger Europaführer mit "eigenen Initiat-
iven" nicht so anstrengend ist, wie eine weltoffene Europa-Politik auf
der Grundlage einer guten Freundschaft mit der g a n z e n freien
Welt.

Und der Bundeskanzler? Er ist - wie das Communiqué nach seinem
letzten Parisbesuch messerscharf beweist - "in den entscheidenden
Fragen" mit de Gaulle einig, was ihn, den Bundeskanzler, nicht daran
hindert, in London, Rom und Washington die d o r t i g e n Vorstel-
lungen von einer weltoffenen Europapolitik für richtig zu halten ...

Da laut Grundgesetz der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik
bestimmt, dürfen wir jetzt raten, in w e l c h e Richtung das bun-
desrepublikanische Schiff segeln wird. Wie sagte doch Adenauers großer
Freund de Gaulle sinngemäß? Er hoffe, daß wir uns an Frankreichs Wunsch
nach "eigener Politik" bald gewöhnt haben werden. Die Bundesregierung
hat sich längst daran gewöhnt. Die Frage ist nur, ob andere europä-
ische und nichteuropäische Regierungen sich auch daran "gewöhnen" wer-
den...

+ * *

Wasser, das tötet

Von Bruno Kuster, Genf

Jährlich sterben fünf Millionen Säuglinge an Krankheiten, die vom schmutzigen Wasser übertragen werden. Jährlich erkranken 500 Millionen Menschen, weil ihnen kein sauberes Wasser zur Verfügung steht. Und jedes Jahr wird der Mangel an einwandfreiem Trinkwasser ausgeprägter, weil die städtischen Siedlungen schneller wachsen als die Rohrleitungen der Wasserversorgung. Wie soll man diesen Zustand angesichts der astronomischen Ausgaben für Überschallflugzeuge, für die Weltraumfahrt, Erdsatelliten usw. bezeichnen? Wie steht es um das Verantwortungsbewußtsein der angeblich führenden Weltmächte, die für die gegenseitige Einschüchterung unendlich viel mehr tun als für die Erfüllung eines so banalen, aber lebenswichtigen Begehrens, nämlich die Versorgung der Menschheit mit Trinkwasser sicherzustellen?

170 Ärzte und Fachleute aus 87 Ländern versuchten, einen Überblick über die gegenwärtige Lage zu gewinnen. Ihren Bericht an die Weltgesundheitskonferenz, der von Professor Abel Wolman von der Johns Hopkins-Universität erstattet wurde, ist zu entnehmen, daß in den armen Ländern infiziertes Trinkwasser die wichtigste Todesursache ist. In den rückständigen Gebieten verfügen bis neun Zehntel der Bevölkerung über kein fließendes oder sonst einwandfreies Wasser. - Eine Untersuchung der Weltgesundheitsorganisation hat ergeben, daß in den unterentwickelten Ländern nur 30 Prozent der städtischen Bevölkerung zufriedenstellend mit Wasser versorgt sind. Am schlechtesten sind die Verhältnisse in Asien, relativ am besten in Lateinamerika; und Afrika steht dazwischen.

Die Lage wird immer kritischer

Es genügt nicht, den bereits vorhandenen Rückstand aufzuholen, es ist unerlässlich, gleichzeitig den künftigen Bedürfnissen des Bevölkerungszuwachses Rechnung zu tragen. Selbstverständlich ist es in erster Linie Aufgabe der direkt betroffenen Länder, den Ausbau der Wasserversorgung vermehrte Mittel zuzuführen. Da aber die Lage in den ärmsten Ländern am schlechtesten ist, wird ausländische Hilfe unentbehrlich. Nach einer Schätzung der Weltgesundheitsorganisation sollten für den Ausbau der Wasserversorgung in den Städten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas jährlich mindestens 400 Millionen Dollar investiert werden können. Tatsächlich werden aber gegenwärtig höchstens 50 Millionen für diesen Zweck aufgewendet.

Eine Herausforderung

Sauberes Wasser ist nicht nur die erste Voraussetzung für die Überwindung zahlreicher Krankheiten, sondern überhaupt für den sozialen und wirtschaftlichen Aufschwung. Die Weltgesundheitsorganisation hat deshalb mit bescheidenen finanziellen Mitteln schon Dutzenden von Ländern geholfen, ihren Rückstand auf diesem Gebiet aufzuholen. Mit Ratschlägen allein ist es aber nicht getan. Darum haben zahlreiche Ärzte der Weltgesundheitskonferenz die Erhebung einer weltweiten "Wasser-Steuer" vorgeschlagen, um in nicht allzu ferner Zukunft alle Menschen in den Genuss sauberen Wassers kommen zu lassen. Dieser Vorstoß ist durchaus vernünftig, gleichzeitig aber vollkommen "verrückt", weil er ein gründliches Udenken voraussetzt. Seine "Verrücktheit" besteht darin, daß er dem Leben von fünf Millionen Säuglingen mehr Bedeutung beimißt, als den Raketen und ähnlichen Dingen.